



„Reaktionäre aus der Regierung hinauswerfen“

Die „Figl-Fischerei“ im Mai/Juni 1947

MANFRED MUGRAUER

Trotz ihres enttäuschenden Abschneidens bei den Nationalratswahlen am 25. November 1945 blieb die KPÖ mit einem Minister in der von Leopold Figl (ÖVP) geleiteten Koalitionsregierung vertreten. Dafür ausschlaggebend waren sowohl taktische Erwägungen als auch grundsätzliche Faktoren.¹ Eine nicht unbedeutende Rolle spielte zunächst die Überlegung, sich nicht vom politischen Geschehen ausschließen lassen zu wollen und der Gefahr einer Isolierung zu entgehen. Zwar war die demokratische Zusammenarbeit in der bisherigen Form gescheitert, die KPÖ war jedoch darum bemüht, auch in Hinkunft am Wiederaufbau Österreichs teilzuhaben, und hielt an ihrem Selbstverständnis als konstruktiv mitgestaltende politische Kraft fest. Gleichzeitig stand fest, dass die KPÖ in wesentlichen Fragen in Opposition zur Westorientierung der Regierung Figl-Schärf und deren Kursnahme auf eine kapitalistische Restauration stehen würde. Demgemäß entwickelte die Partei ihre Politik in den Jahren 1946 und 1947 im Spannungsfeld von Regierung und Opposition.

Im November 1946 startete die KPÖ eine Kampagne zur Durchführung von Neuwahlen. Um dieser Forderung entsprechenden Nachdruck zu verleihen, setzte die Partei verstärkt auf außerparlamentarische Aktionen, die an die miserable wirtschaftliche Situation und die soziale Lage der Bevölkerung anknüpften. In den Bewegungen, die aus der schlechten Ernährungslage und den sozialökonomischen Verwerfungen der unmittelbaren Nachkriegszeit resultierten, hatte die KPÖ zunächst zurückhaltend agiert und mäßigend auf die Streikenden eingewirkt. Ab Herbst 1946 setzten sich KommunistInnen zunehmend an die Spitze der Lohnbewegungen, Streiks und Demonstrationen. Zu diesem Zeitpunkt stand die KPÖ vor der politischen Alternative, entweder die Regierung zu verlassen und auf einen radikalen Oppositionskurs einzuschwenken, oder nach

Anknüpfungspunkten zu suchen, ihr Gewicht auf Regierungsebene zu erhöhen, um einen prinzipiellen Kurswechsel einleiten zu können. Die Neuwahlkampagne mit der taktischen Option eines Regierungsaustritts war eine Überlegung im Rahmen der zweiten Variante, die auf eine stärkere Vertretung der Partei in einer neuen Regierung und nicht auf eine mandatsstärkere Oppositionspartei abzielte. Die Forcierung sozialökonomischer Massenbewegungen wurde als zentraler Hebel zur Erreichung dieses Ziels angesehen, deren Druck ins Politische übersetzt werden sollte. Die Steigerung der Massenaktivitäten und die Neuwahlkampagne waren zwei miteinander verbundene Elemente zur beabsichtigten Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse. Die strategische Perspektive dieser Orientierung bestand darin, mittels Neuwahlen den politischen Einfluss der KPÖ zu stärken, um gemeinsam mit der SPÖ eine Mehrheit der beiden ArbeiterInnenparteien gegen die ÖVP zu erreichen.

Außenpolitische Sackgasse

Am deutlichsten kam der Zwiespalt der KPÖ zwischen Regierung und Opposition in jenen Gesprächen zum Ausdruck, die der KPÖ-Nationalratsabgeordnete Ernst Fischer Mitte Mai und Anfang Juni 1947 mit führenden Politikern der ÖVP über eine Umbildung der Regierung führte. Während erst wenige Wochen zuvor, am 5. Mai, bei der Demonstration am Ballhausplatz die Massenorientierung der KPÖ deutlich geworden war,² versuchte die KPÖ nun die sich bietende Chance zu nutzen, durch geheime Absprachen zu einer Stärkung des kommunistischen Einflusses zu gelangen. Auf der einen Seite forcierte die Partei ab Herbst 1946 ihren Oppositionskurs, auf der anderen Seite wirkte die Auffassung „über eine potentielle positive Funktion einer Dreiparteienregierung als Träger volksdemokratischer Reformen weiter und daraus abgeleitet die Hoffnung, über eine Stärkung

der kommunistischen Vertretung einen prinzipiellen Kurswechsel einer Konzentrationsregierung einleiten zu können“, wie in der KPÖ-offiziellen Parteigeschichte die daraus resultierende „Zwiespältigkeit und Unsicherheit der politischen Perspektive“ auf den Punkt gebracht werden.³ Die Gespräche von Ernst Fischer mit Julius Raab und Leopold Figl belegen, dass die Neuwahlkampagne der Jahre 1946/47 nicht auf die Schaffung einer starken kommunistischen Oppositionspartei abzielte, sondern auf eine Schwächung der reaktionären Kräfte und eine Stärkung der KPÖ auf Regierungsebene. Die entscheidende Frage sei, ob es gelänge, die „Reaktionäre“ aus der Regierung „hinauszuwerfen oder ob es ihnen gelingt, uns hinauszuwerfen“, hielt ZK-Sekretär Friedl Fűrberg in der Sitzung des Zentralkomitees der Partei Anfang 1947 fest: „Wir wollen sie hinausbekommen, weil wir wissen, dass nur dadurch, dass wir die Reaktion entfernen, es möglich ist, den Weg zu gehen zum wirklichen Fortschritt, zur Demokratie und zum Sozialismus.“⁴ Am Ende dieser als „Figl-Fischerei“ in die Geschichte der Zweiten Republik eingegangenen Episode stand jedoch keine Stärkung der KPÖ zu Lasten der Reaktion, sondern der genau gegenteilige Effekt: Die öffentliche Skandalisierung der Gespräche drängte die KPÖ weiter in die Isolation und fixierte den kommunistischen Oppositionskurs, der im November 1947 in den Austritt aus der Regierung mündete.

Im Mittelpunkt der Gespräche von Ernst Fischer mit führenden Vertretern der ÖVP⁵ stand eine Umbildung der Regierung, aus der die in den Augen der KPÖ reaktionärsten Exponenten ausscheiden sollten. Eine solche Zielsetzung war im Mai bzw. Juni 1947 grundsätzlich nicht neu, hatte doch Ernst Fischer bereits im Dezember 1946 gegenüber einem amerikanischen Diplomaten ganz konkret die Namen der auszutauschenden Personen genannt: Neben dem „eng-



KPÖ-Forderung nach Neuwahlen am 1. Mai 1947 auf der Wiener Ringstraße

stirnigen und unbeweglichen“ Kanzler Figl führte Fischer noch Oskar Helmer (SPÖ), Karl Gruber, Ferdinand Graf und Peter Krauland (ÖVP) an.⁶ Allgemeiner Hintergrund dieser Vorschläge war die kommunistische Kritik an der einseitigen Westorientierung der Regierung, welche die Verhandlungs- und Gesprächsbasis mit der sowjetischen Regierung und damit den Abschluss des Staatsvertrags erschwere.⁷ Gerüchte über eine von den sowjetischen Stellen gewünschte Regierungsumbildung fanden am 1. September und 26. November 1946 auch Eingang in das Tagebuch des späteren Finanzministers und Präsidenten der Nationalbank Eugen Margarétha (ÖVP).⁸ Als es Anfang Jänner 1947 tatsächlich zu kleineren Rochaden in der Regierung kam, aber keiner der kritisierten Minister abtreten musste (Hans Frenzel, Franz Rauscher und Lois Weinberger wurden durch Otto Sagmeister, Karl Mantler und Erwin Altenburger ersetzt), stellte die KPÖ in der Öffentlichkeit klar, dass es keine Parteienverhandlungen über diese Änderungen gegeben habe, sie also – obwohl Regierungspartei – in die stattgefundenen Konsultationen nicht einbezogen worden war.⁹

Nach dem Misserfolg bei der Moskauer Außenministerkonferenz im März und April 1947, die nicht den erhofften Durchbruch in der Frage des Staatsvertrags brachte, verdichteten sich Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt von Außenminister Karl Gruber, der mit Peter Krauland alleine die Verhandlungen geführt hatte. Da die zunächst beabsichtigte Entsendung von Figl, Schärf und von Parteienvertretern nicht zustan-

de gekommen war,¹⁰ waren in Moskau nur der ÖVP angehörende Regierungsmitglieder anwesend. Im Gegensatz zu den Londoner Beratungen der Sonderbeauftragten der Alliierten, an denen im Jänner und Februar 1947 u.a. auch Ernst Fischer im Rahmen einer parlamentarischen Delegation teilgenommen hatte,¹¹ fanden die Moskauer Verhandlungen damit unter Ausschluss der KPÖ statt. Nach dem Rückschlag in den Staatsvertragsverhandlungen, der laut Figl eine „schwere Entmutigung unseres braven, arbeitsfreudigen und freiheitsliebenden Volkes“ zur Folge hatte,¹² standen die Chancen für die KPÖ günstig, aus der daraus resultierenden Krisensituation einen innenpolitischen Nutzen zu ziehen. „Wachsende Unsicherheit, Desorientierung und Unmut prägten die Stimmung in der Bevölkerung“, bilanziert der Historiker Michael Gehler die schwierige innen- und außenpolitische Situation im Sommer 1947 angesichts der wirtschaftlichen Not und des ungeklärten politischen Status’ des Landes.¹³ Nachdem Grubers Außenpolitik in eine offensichtliche Sackgasse geführt hatte, wird in dieser Situation auch ÖVP-Kreisen bewusst geworden sein, dass die kommunistische Kritik an der einseitigen Westorientierung nicht weiter übergangen werden könne. Diese habe „in Moskau Schiffbruch erlitten“, wie Ernst Fischer am 7. Mai 1947 im Nationalrat kritisierte.¹⁴ Nach dem ÖVP-Parteitag im April 1947 war in der Volkspartei bereits deutlich die Rede davon, dass der Außenminister zurücktreten müsse.¹⁵ Gerüchteweise wurde selbst eine weitergehende Kabinettsumbildung, ja sogar der Rück-

tritt von Figl für möglich halten.¹⁶ Eine Regierungsumbildung soll etwa im Parteivorstand der SPÖ – wie die KPÖ in Erfahrung brachte – sogar von Schärf und Helmer zur Diskussion gestellt worden sein.¹⁷

Aussprachen mit Julius Raab und Leopold Figl

Um den 20. Mai 1947 herum vermittelte der Obmann der Handelssektion der Wiener Handelskammer und ÖVP-Nationalrat Rudolf Kristofics-Binder eine Aussprache zwischen Ernst Fischer und dem späteren Bundeskanzler und damaligen Präsidenten des ÖVP-Wirtschaftsbundes Julius Raab, an der auch der Minister für Handel und Wiederaufbau Eduard Heidl und der damalige Nationalratsabgeordnete und spätere Bundeskanzler Alfons Gorbach teilnahmen. Die Initiative hierfür war von Kristofics-Binder im Auftrag von Raab ausgegangen, wie Fischer festhielt.¹⁸ Es ist zwar sicher übertrieben, dass im Hause „des Abgeordneten K.“, wie Karl Gruber unter Berufung auf einen „Ministerkollegen“ (Peter Krauland) schreibt, „regelmäßig Zusammenkünfte von Kommunisten mit wichtigen Persönlichkeiten“ stattgefunden hätten,¹⁹ Kristofics-Binder war der KPÖ aber in der Tat seit über einem Jahr als gesprächsbereit bekannt. So berichtete Karl Altmann, der kommunistische Minister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung, im April 1946 der Parteiführung, dass der ÖVP-Nationalrat „schon öfters Anlehnung gesucht“ und nun erneut um eine Aussprache gebeten habe. In deren Verlauf habe er sich als „ein wirklicher Freund der Verständigung und der Zusammenarbeit [...] mit den Kommunisten“ präsentiert, was er in seinem Wirkungsbereich, der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, auch damit unter Beweis gestellt habe, dass in der Sektion Handel ein Kommunist zum Vizepräsidenten gewählt wurde.²⁰ Kristofics-Binder trat in diesen Jahren auch öffentlich für intensive Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion und weiteren osteuropäischen Staaten ein.²¹

Der erste Gedankenaustausch von Fischer mit Raab endete mit dessen Erklärung, dass er vor einer neuerlichen Unterredung die führenden Männer seiner Partei informieren werde. Wenige Wochen später, am 5. Juni 1947, wurde Fischer zu einer Aussprache mit Figl geladen, für die Kristofics-Binder erneut als „Arrangeur“ und Gastgeber fungierte. Für Fischer überraschend nahmen Raab, Heidl und Gorbach daran nicht mehr teil,

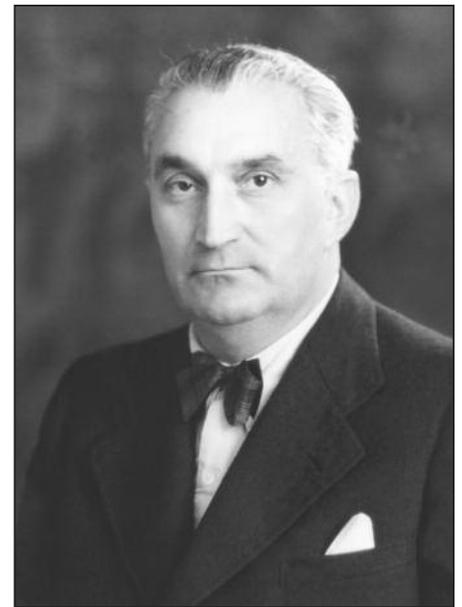
dafür aber Figls Sekretär Johann Dorrek und Landwirtschaftsminister Josef Kraus. Ein wesentlicher Inhalt der beiden jeweils mehrstündigen Unterredungen war der Austausch von prononciert antikommunistischen Ministern, wobei konkret Helmer und Gruber genannt wurden. Laut der Darstellung von Fischer hätten sich „führende Männer der österreichischen Wirtschaft“ und der ÖVP angesichts „der verzweifelten Situation, in der sich Österreich befindet“, an ihn gewendet, um zu sondieren, ob ein Austausch von Ministern eine Besserung der Beziehung zur Sowjetunion und eine Wende in den Staatsvertragsverhandlungen einleiten könne. Fischer habe ihnen geantwortet, dass dies vor einem Jahr gereicht hätte, nun seien aber der Rücktritt der gesamten Regierung und Neuwahlen notwendig. Darauf habe Figl mitgeteilt, dass Neuwahlen für die ÖVP nicht vor dem Frühjahr 1948 in Betracht kämen, er selbst aber zum Rücktritt bereit sei.²² Zur Diskussion standen zudem eine verstärkte Einbeziehung der KPÖ und der Eintritt Fischers in die Regierung. Fischer betonte aber, dass er dies erst mit seiner Partei besprechen müsse. Zuletzt brachte Fischer in Erfahrung, dass die bereits vor Wochen beabsichtigte Fühlungnahme der ÖVP mit der SPÖ noch nicht stattgefunden habe, und auch Fischers Frage, „ob diese Zusammenkunft vorher mit amerikanischen Stellen besprochen worden sei, wurde kategorisch verneint“.²³ Die Unterredung endete damit zwar ohne konkretes Ergebnis, Figl sagte Fischer aber zu, „in den nächsten Tagen [...] nach reiflicher Überlegung den Kontakt wieder auf(zu)nehmen“.²⁴

Zu weiteren Aussprachen zwischen ÖVP und KPÖ über die Zukunft der Regierungspolitik sollte es aber nicht mehr kommen, blieb doch der Inhalt des Gesprächs zwischen Figl und Fischer nicht lange geheim. Bereits am 6. Juni 1947 informierte Peter Krauland seinen Ministerkollegen Karl Gruber über die tags zuvor stattgefundenene Zusammenkunft.²⁵ Dieser ging ohne weitere Rücksprache mit dem Kanzler an die Öffentlichkeit. Zunächst setzte Gruber am 7. Juni 1947 die amerikanische Gesandtschaft in Kenntnis, welche die Informationen aufgrund ihrer Bedeutung sogleich an das US-Außenministerium weiterleitete.²⁶ Die wesentlichen Inhalte der kommunistischen Vorschläge waren den Amerikanern zwar zu diesem Zeitpunkt schon bekannt, da sie Ernst Fischer kurz zuvor, am 23. Mai 1947,

auch gegenüber dem US-Offizier Martin F. Herz dargelegt hatte. Gruber und Helmer müssten abgelöst werden, so Fischer, und im Zuge eines „New Deal“ eine stärkere Beteiligung der KPÖ erreicht werden.²⁷ Dass darüber nun aber bereits geheime Gespräche mit führenden Politikern der ÖVP stattgefunden hatten, alarmierte das State Department. Tags darauf war auf der Titelseite der *New York Times* zu lesen: „Austrian Red says Moscow wants new Vienna regime“.²⁸ Am 9. Juni brachte auch der *Wiener Kurier* die Sensationsschlagzeile, dass die Sowjetunion – laut Fischer – zu keinem Abschluss des Staatsvertrags mit dem Kabinett Leopold Figl bereit sei. Was als Sondierung von ÖVP-Kreisen über verschiedene Krisenlösungsmöglichkeiten begonnen hatte, erschien nun in der Öffentlichkeit als Erpressungsversuch der KPÖ, kündigte der *Kurier* doch – unter Berufung auf Fischer – „Repressalien von sowjetischer Seite“ für den Fall an, dass Österreich nicht von seiner Westorientierung abgehe.²⁹

Angesichts dieser „Monsterkampagne“³⁰ des *Wiener Kurier* ging die KPÖ in die Offensive und „enthüllte“ ihrerseits in der *Volksstimme*, dass Figl in der Besprechung sogar seinen Rücktritt in Aussicht gestellt habe.³¹ Die „Lügenmeldung“ des *Kurier* interpretierte das Zentralorgan der Partei als „Gegenschlag Dr. Grubers und seiner amerikanischen Freunde gegen den Versuch [...], aus dem gegenwärtigen völlig verfahrenen Kurs herauszukommen“ auf dem Wege einer „wirkliche(n) Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte Österreichs“ und einer „Politik der Verständigung mit der Sowjetunion“.³² Gruber habe als eine „der österreichischen ‚Marionetten am amerikanischen Draht‘ [...] schleunigst den schändlichen Versuch unternommen, eine solche Wendung zu torpedieren, ehe sie überhaupt noch richtig unternommen worden war“.³³ In der Parlamentsdebatte über die „Figl-Fischerei“ war zwar von einem solchen Rücktrittsangebot seitens des Kanzlers keine Rede, Wochen später gestand Figl aber gegenüber Karl Rankin, einem amerikanischen Verbindungsoffizier, ein, dass er Fischer gefragt habe, ob Österreich mit seiner Demission gedient sei,³⁴ was keinen Zweifel an der Richtigkeit der Darstellung von Ernst Fischer zulässt.

Insgesamt kann über Figls Motivation, mit Fischer zu einer informativen Aussprache über die Regierungspolitik zusammenzutreffen, nur spekuliert werden: Möglicherweise ging es ihm in der Tat

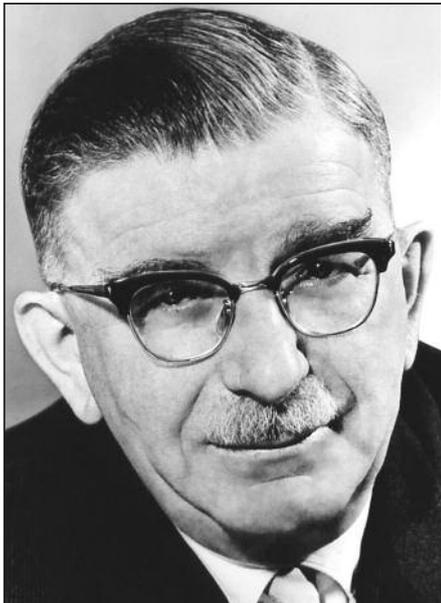


Rudolf Kristofics-Binder (1896–1969), ÖVP-Nationalratsabgeordneter (1945–1949) und Präsident der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie.

nur darum, vor dem Hintergrund der Staatsvertragsverhandlungen die kommunistischen bzw. sowjetischen Absichten herauszufinden. Ebenso wenig ist aber auszuschließen, dass er tatsächlich mit der Überlegung gespielt hat, eine Regierungsumbildung vorzunehmen, um Zugeständnisse seitens der Sowjetunion zu erwirken. Es ist davon auszugehen, dass „Figl bei den Sondierungsversuchen den Wünschen seines Freundes Raab nach dessen und stärkerer kommunistischer Regierungsbeteiligung sowie intensiveren Ostkontakten nachkommen wollte“, wie Michael Gehler in Einschätzung der „Figl-Fischerei“ festhält.³⁵

Beabsichtigte Regierungsumbildung

Um den Geruch der „Geheimdiplomatie“ zu vermindern, war die KPÖ darum bemüht, ihre ohnehin bekannte Neuwahlforderung als zentralen Inhalt der Vorschläge Ernst Fischers darzustellen.³⁶ Gruber hingegen brachte in Erfahrung, dass sich Fischer in der Aussprache mit Figl selbst als Minister in einem Kabinett der „starken Männer“, wie er es bezeichnete, ins Spiel gebracht haben soll. Eine solche Maßnahme würde der Regierung die „volle“ Unterstützung der KPÖ sichern. Neuwahlen würden sich in einem solchen Fall erübrigen und die Regierung könne – mit „besonderen Vollmachten“ ausgestattet – „über Jahre unabhängig vom Parlament regieren“.³⁷ Fischer dementierte diese Variante einer autoritären Regierung und hielt fest, dass er die Frage nach seinem eigenen Eintre-



Leopold Figl (1902–1965), österreichischer Bundeskanzler 1945–1953 (ÖVP).

ten in die Regierung und jene nach dem in Frage kommenden Ressort ausweichend beantwortet habe. Dies gehe „weit über den Rahmen einer unverbindlichen Aussprache“ hinaus und er müsse erst seiner Partei Bericht erstatten.³⁸ In einem Jahre später verfassten, offenbar auf Karl Grubers Erinnerungsbuch gestützten amerikanischen Bericht war davon die Rede, dass Fischer als Außenminister einer neuen Regierung im Gespräch gewesen sei.³⁹ Fischer selbst hingegen berichtet, dass er anstelle von Gruber den Linzer Bürgermeister Ernst Koref (SPÖ) als neuen Außenminister vorgeschlagen habe.⁴⁰ Gruber wiederum informierte unmittelbar nach der Besprechung von Figl mit Fischer seinen Außenamtsbeamten Heinrich Wildner unter Berufung auf Krauland, dass „von der Bestellung eines kommunistischen *Staatssekretärs* im Außenamt die Rede gewesen sei“.⁴¹

Weitere Namen, die von Ernst Fischer für den Fall einer Regierungsumbildung genannt wurden, waren Reinhard Machold (Landeshauptmannstellvertreter der Steiermark, SPÖ), Heinrich Gleißner (Landeshauptmann von Oberösterreich, ÖVP), der ehemalige Handelsminister (1936–1938) und spätere ERP-Beauftragte der Regierung Wilhelm Taucher sowie der Grazer Universitätsrektor Josef Dobretsberger,⁴² der in den folgenden Jahren in der Bündnispolitik der KPÖ eine wesentliche Rolle spielen sollte, etwa im Rahmen der österreichischen Friedensbewegung (ab 1949) oder des Wahlbündnisses *Österreichische Volksoption* (ab 1952). Diese Tatsache ist wohl auch der Grund für die in der Forschungsliteratur anzutreffende

Behauptung, dass Fischer Dobretsberger als neuen Kanzler ins Spiel gebracht habe,⁴³ obwohl eine solche Annahme – abgesehen von Karl Grubers Darstellung aus dem Jahr 1953⁴⁴ – durch keine Quelle gedeckt ist. Dobretsberger war 1946 aus dem Exil nach Österreich zurückgekehrt und stand seither – wie aus sowjetischen Berichten bekannt ist – mit der KPÖ in Verbindung, um perspektivisch einen linksoppositionellen Flügel in der ÖVP zu organisieren.⁴⁵ Im Kontext der „Figl-Fischerei“ brachte Karl Renner aus einer „Informationsquelle“ in Erfahrung, dass in Graz Besprechungen von Dobretsberger mit Otto Fischer, dem Bruder Ernst Fischers stattgefunden hätten.⁴⁶ Zu bedenken ist aber, dass Dobretsberger bis zum Juni 1947 innenpolitisch kaum in Erscheinung getreten war. Es war ein – der späteren Entwicklung Dobretsbergers geschuldetes – Manöver von Gruber, diesen in seinem 1953 erschienenen „Abrechnungsbuch“ als verhinderten Kanzlerkandidaten des Jahres 1947 hinzustellen. Zeitgenössisch hatte Dobretsberger in den Auseinandersetzungen um die „Figl-Fischerei“ – über die bloße Nennung seines Namens in der Parlamentsrede von Ernst Fischer hinaus – keine Rolle gespielt. Überdies hätte sich Fischer mit dem „größtenwahnsinnigen“ Vorschlag, einen als linksoppositionell geltenden bürgerlichen Universitätsprofessor zum neuen ÖVP-Kanzlerkandidaten zu „nominieren“, gegenüber Figl geradezu lächerlich gemacht. Obwohl Fischer betonte, dass er kein „Regierungsmacher“ sei und nur seine persönliche Meinung vortrage,⁴⁷ hätte er sich damit als seriöser Gesprächspartner über eine tatsächliche Regierungsumbildung im Sinne der KPÖ geradezu diskreditiert. Amerikanischen Berichten zufolge soll Fischer zuletzt auch Leopold Figl, Adolf Schärf und Peter Krauland als untragbar bezeichnet haben, was erneut durch keine weiteren Quellen eine Bestätigung findet, jedoch in der Forschung oft genug hervorgestrichen wird. Informant der Gesandtschaft war auch hier Karl Gruber.⁴⁸

Unterhändler der Sowjetunion?

In bisherigen Darstellungen dieser „wohl geheimnisvollsten Politaffäre der jungen Zweiten Republik“⁴⁹ wird darüber spekuliert, inwieweit Ernst Fischer von der KPÖ zu den Gesprächen bevollmächtigt worden war. Laut Fischers Memoiren habe das Polbüro – korrekterweise das „Politische Sekretariat“ – der KPÖ seine Unterredungen mit Raab und



Karl Gruber (1909–1995), österreichischer Außenminister 1945–1953 (ÖVP).

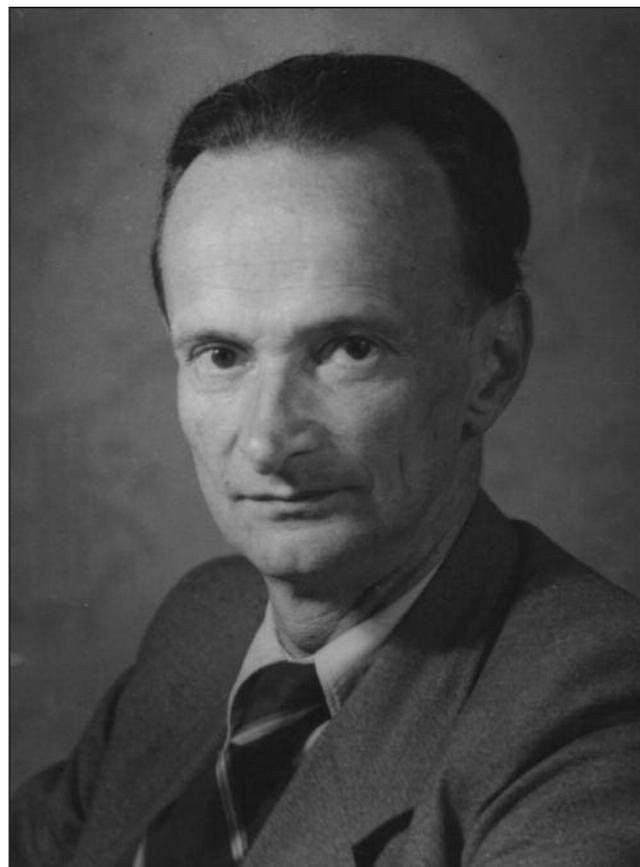
Heinl „gebilligt“, was nahelegt, dass er die Parteiführung erst im Nachhinein davon in Kenntnis gesetzt hat.⁵⁰ Dies wird durch das Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats, des operativen Führungsgremiums der Partei, am 23. Mai 1947 bestätigt: Nach „einer längeren Diskussion“ wurden hier die Informationen von Fischer zur Kenntnis genommen und gleichzeitig „vorgeschlagen, die unverbindlichen Besprechungen fortzusetzen, in denen betont werden soll, dass die entscheidenden Voraussetzungen zu einer grundlegenden Wendung die Durchführung von Neuwahlen sind“.⁵¹ Damit erledigen sich auch die auf einen sowjetischen Bericht gestützten Annahmen, wonach Fischer in den Gesprächen mit der ÖVP insgesamt ohne Wissen der KPÖ-Führung agiert habe.⁵² Fest steht, dass Fischer durch diesen Beschluss des Politsekretariats mit einem „Verhandlungsmandat“ der KPÖ-Führung ausgestattet war. Es kann also durch ein in der Forschungsliteratur zitiertes Dokument aus dem Parteiarchiv der KPdSU letztlich nicht bewiesen werden, dass es sich bei der „Figl-Fischerei“ um eine „Eigenaktion Fischers“ gehandelt habe, wie in neueren Forschungen behauptet wird.⁵³ Es ist dies – nebenbei bemerkt – nicht das einzige Beispiel dafür, dass das von den verschiedenen sowjetischen Stellen über die KPÖ angefertigte Quellenmaterial nicht immer zuverlässig ist, was zumeist mit der fehlenden Innenkenntnis der Sowjets bzw. schlichtweg mit ihrem Desinteresse an der KPÖ zu tun hatte. So bezieht sich die sowjetische Feststellung, dass Fischer „ohne Wissen oder Erlaubnis des ZK der

KPÖ“ mit der „Regierung“ in Verhandlungen getreten sei, allenfalls auf die Tatsache, dass er die Einladung von Kristofics-Binder, mit Raab und Heindl zusammenzutreffen, offenbar ohne Rücksprache mit der engeren KPÖ-Führung angenommen hatte. Spätestens ab dem 23. Mai 1947 war diese jedoch über die Sondierungen informiert und billigte auch deren Fortführung.

Für die österreichischen Politiker und die Westalliierten war die Kernfrage aber weniger, ob Ernst Fischer in Eigenregie oder im Auftrag der KPÖ gehandelt habe, sondern ob er über verlässliche Informationen oder gar Aufträge seitens der sowjetischen Besatzungsmacht verfügte.⁵⁴ So ließ Karl Gruber am 7. Juni 1947 ein Schreiben an den Politischen Vertreter der Sowjetunion in Wien Jewgenij Kiselew aufsetzen, mit dem er offensichtlich auf eine Diskreditierung Fischers abzielte: Dieser hätte bei den Gesprächen den Eindruck erweckt, „dass ihm vertrauliche Informationen von Seiten der sowjetruss. Regierung zur Verfügung stünden“, aus denen hervorgehe, dass diese „nicht daran denke, einen Vertrag mit Österreich abzuschließen, solange sich die gegenwärtige Regierung im Amte befinde“. Da diese „Auslassungen von Herrn Fischer“ künftige Besprechungen mit amtlichen sowjetrussischen Vertretern belasten würden, äußerte Gruber seine „Überzeugung, dass sich die sowjetrussische Regierung für die Weitergabe von Mitteilungen an die österr. Bundesregierung ausschließlich ihres amtlichen Vertreters bedient“. Nach Rücksprache mit Kanzler Figl unterblieb jedoch die Absendung dieses Schreibens.⁵⁵ Fischer wiederum wies in der Nationalratsdebatte den Vorwurf zurück, im Einvernehmen mit der Sowjetunion gehandelt zu haben und lehnte auch das in der zweiten Aussprache von Johann Dorrek an ihn herangetragene Ansinnen ab, bei den „Russen“ vorzufühlen, was eine Regierungsumbildung bewirken könnte, da er nicht in die Rolle eines „Maklers“ und „Zwischenhändlers“ hineingeraten wollte.⁵⁶ In einer persönlichen Aussprache bei Gruber dementierte auch Kiselew, dass Fischer irgendwelche Aufträge erhalten habe.⁵⁷ Wenngleich Gerald Stourzh es als unklar einschätzt, „ob bzw. wie direkt oder indirekt die sowjetische Führung hinter den von Fischer gesuchten Kontakten stand“,⁵⁸ kann es doch als gesichert angesehen werden, dass Fischer nicht auf Geheiß der Sowjetunion entsprechende Vorschläge unterbreitet hat. „Unwahr ist ganz be-

stimmt, daß Fischer erklärt hätte, die Sowjetunion wird mit der Regierung Figl keinen Vertrag abschließen, das hat Fischer bestimmt nicht gesagt“, war sich in diesen Tagen auch Vizekanzler Adolf Schärff in einem Schreiben an Walter Wodak, den österreichischen Sozial- und Presseattaché in London, im Klaren.⁵⁹

Ungeachtet der Tatsache, dass Ernst Fischer nicht als Unterhändler der Sowjetunion agierte, kann aber von einem Konsens zwischen Sowjetunion und KPÖ ausgegangen werden, dass zur Einleitung eines Politikwechsels in Österreich sowohl Massenaktivitäten als auch die Ausnutzung solcher Möglichkeiten zweckmäßig waren, die aus der Gesprächsbereitschaft von führenden Politikern der anderen beiden Parteien resultierten. Unstrittig wird auch gewesen sein, dass außerparlamentarischer Druck und Verhandlungen über mögliche Regierungsumbildungen nicht „zwei für die KPÖ mögliche Alternativen“,⁶⁰ sondern zwei Seiten einer einheitlichen Orientierung waren, war es doch eine geradezu „leninistische“ Taktik, Widersprüche in den Reihen des Gegners zur Erhöhung des eigenen politischen Einflusses auszunutzen. Insofern ist auch nicht der Einschätzung Wolfgang Muelers zuzustimmen, wonach die Initiative Ernst Fischers „in ihrer Stoßrichtung [...] nicht der zu diesem Zeitpunkt bereits auf Klassenkampf, Destabilisierung und Bekämpfung der Regierung von der Straße aus gerichteten sowjetischen Strategie“ entsprach.⁶¹ Der von der KPÖ forcierte „Druck der Straße“ zielte in Wahrheit geradezu darauf ab, die Verhandlungsposition der KPÖ auf höherer Ebene und ihren Einfluss in Regierung und Parlament zu stärken. So wie den großen kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich, die bereits im Mai 1947 aus den Regierungen verdrängt worden waren, ging es auch der KPÖ um eine „dualistische Strategie“, in deren Rahmen „inner- und außerparlamentarische



Ernst Fischer (1899–1972), Staatssekretär für Volksaufklärung (1945) und Nationalratsabgeordneter (1945–1959)

Taktiken miteinander abgestimmt wurden“. Die Massenmobilisierung wurde mit der Absicht kombiniert, die verlorengegangenen Positionen in der Regierung wiederzugewinnen und die Präsenz im Parlament zu verstärken.⁶²

Vor diesem Hintergrund ist die so genannte „Figl-Fischerei“ schwerlich als Versuch der KPÖ zu interpretieren, die Koalition von ÖVP und SPÖ „zu sprengen“, wie Manfred Rauchensteiner einschätzt.⁶³ Die „Figl-Fischerei“ war – und dies wird durch alle zur Verfügung stehenden Quellen bestätigt – kein von der KPÖ eingefädelter Versuch, die Figl-Regierung zu Fall zu bringen. Nicht zu Unrecht resümierte Erwin Zucker-Schilling – damals Chefredakteur der *Volksstimme* – Jahre später, dass Fischer den ÖVP-Politikern de facto keine anderen Vorschläge unterbreitet habe, als jene, die täglich im kommunistischen Zentralorgan zu lesen waren.⁶⁴ Es war die allseits bekannte strategische Perspektive der Partei, die „reaktionären Kräfte“ in ÖVP und SPÖ zurückzudrängen, nicht jedoch auf dem Wege eines taktischen Schachzuges oder „Coups“, sondern auf dem Wege von Neuwahlen. Darüber hinaus wird sie sich aber gewiss Überlegungen nicht verschlossen haben, auf dem Wege einer Regierungsumbildung zu einer Stärkung des kommunistischen

**Wer waren die
Österreichischen Verhandlungs-Partner
des Kommunistenführers Ernst Fischer?
Figl, Kraus, Heindl, Raab! Vergiß das nicht!
Wähle die Sozialistische Partei**

SPÖ-Plakatstreifen zu den Nationalratswahlen des Jahres 1949

Einflusses zu gelangen, zumal eine solche Option ganz offensichtlich von der ÖVP an sie herangetragen wurde und nicht umgekehrt.

Innenpolitischer Wendepunkt

Eine fatale Wirkung für die KPÖ hatten die internationalen Rahmenbedingungen der Affäre: So wurde in Ungarn Ende Mai 1947 – zwischen den beiden Unterredungen von Ernst Fischer mit den ÖVP-Politikern – der Vorsitzende der *Partei der Kleinen Landwirte* Ferenc Nagy zum Rücktritt gezwungen und die kommunistische USAP gewann an Einfluss. Vor dem Hintergrund dieser faktischen Machtübernahme der ungarischen KP bezeichnete es Fischer in seinen Memoiren als „unverzeihliche Dummheit“, auf Verlangen der ÖVP überhaupt an der zweiten Aussprache mit Figl teilgenommen zu haben.⁶⁵ Auch Schärf schrieb zwei Wochen später an seinen Parteifreund Wodak in London, dass die Wirkung der „Figl-Fischerei“ angesichts der „bekannten Ereignisse in Ungarn [...] furchtbar“ gewesen sei.⁶⁶ In einem Polizeibericht war zu lesen, dass viele „für Österreich ein ähnliches Schicksal befürchten“.⁶⁷ In der Wahrnehmung der österreichischen Öffentlichkeit wurde zwar eine Parallele zu den Ereignissen in Ungarn hergestellt, realpolitisch war ein solcher Zusammenhang aber nicht gegeben. Selbst eine umgebildete Regierung mit den SPÖ-Ministern Reinhard Machold und Ernst Koref anstelle von Oskar Helmer und Karl Gruber wäre schwerlich als Schritt einer „Volksdemokratisierung“ Österreichs zu werten gewesen.

Die ÖVP wiederum, die mit den Gesprächen beabsichtigt hatte, über „private“ KPÖ-Kanäle Informationen über die sowjetische Österreichpolitik zu erhalten, drehte nun – um sich aus der Affäre zu ziehen – den Spieß um: Die Partei habe herausgefunden, so der Wiener Vizebürgermeister und ÖAAB-Obmann Lois Weinberger Mitte Juni

1947, dass die KPÖ einen Kurs einschlagen wolle, „der am Ende in der Sackgasse Ungarns enden müsste“. Seine Schlussfolgerung war: „Keinerlei Verhandlungen mit den Totengräbern der Demokratie“ und „keine Gespräche mit den geschworenen Feinden Österreichs“.⁶⁸ In der Wahlkampfretorik des Kalten Krieges schrieb es sich zwei Jahre später die SPÖ als ihr Verdienst zu, dass Österreich nicht „dem Ansturm der ‚Volksdemokratien‘ erlegen“ sei, während die ÖVP „nach dem Fall Ungarns [...] knieschlotternd und feige“ mit der KPÖ „über eine Unterwerfung“ verhandelt habe.⁶⁹ Der KPÖ sei es um eine „prävolksdemokratische Koalition unter Ausschaltung der Sozialisten“ gegangen, schrieb Josef Toch in den 1960er Jahren wider besseren Wissens, zielten doch die Vorschläge der KPÖ in Wahrheit auf die Ersetzung von Karl Gruber durch einen SPÖ-Kandidaten ab.⁷⁰ Was dabei ebenso unerwähnt blieb und in der zeitgenössischen Auseinandersetzung keine Rolle spielte, war die Tatsache, dass Ernst Fischer Ende Mai 1947 auch gegenüber dem SPÖ-Politiker Julius Deutsch seine Vorschläge vorgebracht hatte. Fischer soll – wie die US-Vertretung vertraulich in Erfahrung brachte – Deutsch versichert haben, dass genügend ÖVP-Vertreter gewonnen werden könnten, um zusammen mit der SPÖ eine Mehrheit für eine sowjetfreundlichere Regierung zu finden.⁷¹

Langfristig betrachtet wurde durch die geheimen Verhandlungen zwischen ÖVP und KPÖ paradoxerweise nicht das Misstrauen zwischen ÖVP und SPÖ beflügelt, sondern beide Parteien rückten in ihrer antikommunistischen Grundhaltung noch enger zusammen. Nicht Karl Gruber, den Ernst Fischer – ohne dessen Namen zu nennen – in der Sitzung des Nationalrats als „Schuldigen“ der Affäre erkannte, wurde desavouiert und „aus der österreichischen Politik hinausgeschmissen“, weil er mit Hilfe amerikanischer Stellen eine innenpoliti-

sche Intrige gestartet hatte, sondern Fischer selbst erschien in der Öffentlichkeit „als Überbringer des Ultimatums einer ausländischen Macht“.⁷² Damit war die von den Briten richtig erkannte kalkulierte Indiskretion („calculated indiscretion“) von Gruber zur Diskreditierung der KPÖ voll aufgegangen. Die Kommunisten waren die „chief losers“⁷³ der „Figl-Fischerei“. Hatte sich für die KPÖ zunächst unverhofft ein von der ÖVP geöffnetes Fenster für erweiterte Einflussmöglichkeiten aufgetan, fand sie sich am Ende der Affäre im politischen „Out“ wieder. Die einseitige Westorientierung von ÖVP und SPÖ und die Ausgrenzung der KPÖ aus der Regierungspolitik waren zwar bereits in den Monaten davor als dominierender Grundzug der österreichischen Politik deutlich geworden. Die für die KPÖ wesentlichste Konsequenz der „Figl-Fischerei“ bestand nun aber darin, dass sich künftig keine Möglichkeit mehr bieten sollte, diese Konstellation aufzuweichen. Die „außenwirtschaftliche und außenpolitische Westorientierung“ der beiden großen Regierungsparteien wurde „unumkehrbar“, wie Michael Gehler die Ereignisse resümiert.⁷⁴ Die SPÖ etablierte sich als Folge der „Figl-Fischerei“ als „zuverlässigster Partner der Amerikaner“, so der Grazer Historiker Peter Ruggenthaler.⁷⁵

Die Gespräche im Mai und Juni 1947 über eine stärkere Einbeziehung der KPÖ in die Regierungsgeschäfte stellen den letzten realistischen Versuch der KPÖ dar, auf der Ebene des Parteienbündnisses einen außenpolitischen Kurswechsel und eine innenpolitische Wende im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Perspektive einzuleiten, um die Option einer friedlichen Entwicklung zum Sozialismus zumindest offen zu halten. Nach der Skandalisierung der Gespräche wurde unübersehbar, was de facto seit dem 25. November 1945 festgestanden war, nämlich dass für eine dahingehende Zusammenarbeit jede Grundlage fehlte. Auch in der Forschungsliteratur wird hervorgehoben, dass Gespräche zwischen Regierungspartnern üblicherweise ein „alltägliches Phänomen“ seien, im Falle der KPÖ, die von ihren Partnern „als Aussätziger“ behandelt wurde, wurden sie aber zu einem Skandal.⁷⁶ Im Lichte des Kalten Krieges und der antikommunistischen Zuspitzung wurde bereits eine informative Aussprache mit der KPÖ als „Landesverrat“ gewertet und tabuisiert: „Mit Kommunisten sollte nicht geredet, sie

sollten bekämpft werden“, resümiert der Salzburger Historiker Ernst Hanisch die „Figl-Fischerei“. ⁷⁷ Es dauerte schließlich nur noch etwas mehr als fünf Monate, bis die Konzentrationsregierung und damit der im April 1945 begründete antifaschistische Konsens auch formal zerbrachen.

Anmerkungen:

1/ Mugrauer, Manfred: „Nur eine schwache Verantwortung...“. Die KPÖ in den Regierungsverhandlungen im Dezember 1945, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 22. Jg. (2015), Nr. 4, S. 8–14, hier S. 12.

2/ Mugrauer, Manfred: „Kindische Mätzchen von Saboteuren“. Die erste politische Massenkundgebung der Zweiten Republik am 5. Mai 1947, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 24. Jg. (2017), Nr. 2, S. 11–14.

3/ Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, hg. von der Historischen Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ. Wien: Globus Verlag ²1989, S. 358.

4/ Zentrales Parteiarhiv (ZPA) der KPÖ, Protokoll des 3. ZK-Plenums der KPÖ am 17.1.1947, Beilage 1: Referat von Friedl Fürnberg: Die politische Lage, S. 32.

5/ Der Verlauf der Gespräche ist in der Memoiren- und Forschungsliteratur bereits mehrfach dargestellt worden: Gruber, Karl: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. Wien: Ullstein 1953, S. 164–175; Fischer, Ernst: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955. Wien, München, Zürich: Molden 1973, S. 213–230; Leidenfrost, Josef: Die amerikanische Besatzungsmacht und der Wiederbeginn des politischen Lebens in Österreich 1944–1947. Dissertation Universität Wien 1986, S. 789–808; Rauchensteiner, Manfred: Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945–1966. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1987, S. 95–103; Gehler, Michael: „... this nine days wonder“? Die „Figl-Fischerei“ von 1947. Eine politische Affäre mit Nachspiel, in: ders./Sicking, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Thaur: Kulturverlag 1995, S. 346–381; Stourzh, Gerald: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955. Wien, Köln, Graz: Böhlau Verlag ⁵2005 (Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 62), S. 104–106; Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besetzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2005.

6/ National Archives and Records Administration (NARA), RG 84, Box 2360, File 810 to 881, Secret Material 1946, Depesche 2138 von John Erhardt an das State Department, Interview mit Ernst Fischer, 6.12.1946, zit. nach: Leidenfrost: Die amerikanische Besatzungsmacht, S. 705.

7/ Neuwahlen der Weg zur Souveränität. Ernst

Fischer über den Bankrott der einseitigen Westorientierung, in: *Österreichische Volksstimme*, 6.12.1946, S. 1–2.

8/ Brusatti, Alois: Zeuge der Stunde Null. Das Tagebuch Eugen Margaréthas 1945–1947, hg. vom Julius-Raab-Gedenkverein. Linz: Verlag Rudolf Trauner 1990, S. 222 und 235.

9/ Ohne Neuwahlen keine Lösung. Zu den Veränderungen in der Regierung, in: *Österreichische Volksstimme*, 12.1.1947, S. 1.

10/ Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 5: 18. Februar 1947 bis 6. Mai 1947. Wien: Verlag Österreich 2011, S. 150.

11/ Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 4: 21. November 1946 bis 11. Februar 1947. Wien: Verlag Österreich 2006, S. 320; Fischer: Das Ende einer Illusion, S. 205–209, hier S. 205.

12/ Stenographisches Protokoll. 51. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 7.5.1947, S. 1407.

13/ Gehler: Die „Figl-Fischerei“ von 1947, S. 346.

14/ Stenographisches Protokoll. 51. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 7.5.1947, S. 1418–1426, hier S. 1420 und 1425; Fischer, Ernst: Der Staatsvertrag, in: *Österreichische Volksstimme*, 8.5.1947, S. 1–2, hier S. 1.

15/ Vgl. Rauchensteiner: Die Zwei, S. 98.

16/ Gehler: Die „Figl-Fischerei“ von 1947, S. 346.

17/ Vgl. ZPA der KPÖ, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 8.5.1947, Beilage 7: Friedl Fürnberg, S. 1f.

18/ Bundeskanzler Figl erklärt: „Ich bin zum Rücktritt bereit“, in: *Österreichische Volksstimme*, 10.6.1947, S. 1; Stenographisches Protokoll. 54. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 11.6.1947, S. 1475–1481, hier S. 1475f.; Abg. Ernst Fischer: In jedem demokratischen Land müßte die Regierung zurücktreten, in: *Österreichische Volksstimme*, 12.6.1947, S. 1–2.

19/ Gruber: Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 164.

20/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 26.4.1946, S. 1 und 3f. Gemeint war der Großkaufmann Paul Urban (Gewerbetreibende – kommunistische Kandidaten, in: *Pressedienst des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs*, Nr. 7, 17.11.1945, S. 5).

21/ Kristofics-Binder: Wiens Handel tendiert nach dem Osten, in: *Wiener Kurier*, 15.6.1946, S. 13.

22/ Bundeskanzler Figl erklärt: „Ich bin zum Rücktritt bereit“, in: *Österreichische Volksstimme*, 10.6.1947, S. 1; Fischer, Ernst: Regierung Figl-Schärf – wie lange noch? Wien: Stern-Verlag 1947 (Die aktuelle Reihe, Nr. 3), S. 4 und 9.

23/ Bundeskanzler Figl erklärt: „Ich bin zum Rücktritt bereit“, in: *Österreichische Volks-*

stimme, 10.6.1947, S. 1.

24/ ZPA der KPÖ, Bericht von Ernst Fischer über die Aussprachen mit der ÖVP, o.D. [Juni 1947], S. 3. In diesem unmittelbar nach den Enthüllungen am 7. Juni 1947 geschriebenen internen Bericht finden sich keinerlei Fakten, die von Ernst Fischers Bericht in der *Volksstimme* abweichen, was als Beleg für die Authentizität der darin enthaltenen Informationen gewertet werden kann.

25/ Vgl. „Man ist noch immer nervös. Wir sind sehr scharf bewacht.“ Das Tagebuch von Heinrich Wildner 1947, hg. vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. Wien: Eigenverlag 2015, S. 76f.

26/ The Chargé in Austria (Karl Rankin) to the Secretary of State, 7.6.1947, in: *Foreign Relations of the United States 1947, Volume II: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria*. Washington D.C.: United States Government Printing Office 1972 (Department of State Publication, Vol. 8530), S. 1182–1183, hier S. 1182.

27/ Despatch: The Chargé d’Affaires K. L. Rankin to the Secretary of State, No. 3145, 29.5.1947, Subject: Interview with Ernst Fischer, Communist Leader, Dok. Nr. 40 in: Wagnleitner, Reinhold (Hg.): *Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz*. Political Officer of the US Legation in Vienna 1945–1948. Salzburg: Wolfgang Neugebauer Verlag 1984 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 4), S. 198–200, hier S. 198f.

28/ Zit. nach: Leidenfrost: Die amerikanische Besatzungsmacht, S. 796.

29/ Nationalrat Ernst Fischer: Rußland will keinen Staatsvertrag mit dem derzeitigen Kabinett Figl, in: *Wiener Kurier*, 9.6.1947, S. 1.

30/ Gärtner, Heinz: Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ – Analyse einer sowjetabhängigen Partei. Wien: Universitäts-Verlagsbuchhandlung Wilhelm Braumüller 1979 (Studien zur österreichischen und internationalen Politik, Bd. 3), S. 79.

31/ Bundeskanzler Figl erklärt: „Ich bin zum Rücktritt bereit“, in: *Österreichische Volksstimme*, 10.6.1947, S. 1.

32/ Krise in der Regierung. Außenminister Dr. Gruber – Mitarbeiter amerikanischer Agenturen, in: *Österreichische Volksstimme*, Sonderausgabe, 10.6.1947, S. 1.

33/ Der Kurs der Marionetten, in: *Österreichische Volksstimme*, 12.6.1947, S. 1–2, hier S. 1.

34/ NARA, RG 263, Despatch No. 3217, Box 185, American Legation, Vienna, Counselor of Legation Karl Rankin an Secretary of State, 27.6.1947, zit. nach: Gehler: Die „Figl-Fischerei“ von 1947, S. 367.

35/ Ebd., S. 380.

36/ Fürnberg, Friedl: „Zwischenlösung“, in: *Weg und Ziel*, 5. Jg. (1947), Nr. 7/8, S. 473–480, hier S. 477.

37/ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA)/Archiv der Republik (AdR), Bundeskanzleramt Auswä-

- tiges Amt, Sektion II-pol, Kt. 54, Zeichen Österreich 3, GZI. 111.546-pol/47 v. 14.6.1947, Politische Debatten im Anschluss an die Konversationen im Hause Kristofics-Binder, hierin: Karl Gruber an Jewgenij Kiselew, o.D. [Juni 1947], Konzept, S. 1.
- 38/ Bundeskanzler Figl erklärt: „Ich bin zum Rücktritt bereit“, in: *Österreichische Volksstimme*, 10.6.1947, S. 1
- 39/ NARA, RG 59, 763.00/11-1353, Despatch No. 719, Box 3916, American Embassy, Vienna, Charles W. Yost an State Department, 13.11.1953, Subject: Brief Outline of Foreign Minister Gruber's Book „Zwischen Befreiung und Freiheit“ – Between Liberation and Freedom – and reaction to its publication, zit. nach: Gehler: Die „Figl-Fischerei“ von 1947, S. 376; Gruber: Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 164.
- 40/ Fischer: Das Ende einer Illusion, S. 220 und 223.
- 41/ „Man ist noch immer nervös. Wir sind sehr scharf bewacht.“ Das Tagebuch von Heinrich Wildner 1947, S. 76 (Hervorhebung M.M.).
- 42/ Stenographisches Protokoll. 54. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 11.6.1947, S. 1475–1481, hier S. 1476.
- 43/ Mueller: Die sowjetische Besetzung in Österreich, S. 192; Rauchensteiner, Manfred: Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besetzung. Wien: Edition Steinbauer 2005, S. 119.
- 44/ Gruber: Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 165.
- 45/ Russisches Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI) 17/128/910/195–210, Michail E. Koptelow an den stellvertretenden Leiter der Außenpolitischen Abteilung der VKP(b) Alexander S. Paniuschkin, 18.10.1946, und Beilage: Niederschrift des Oberassistenten des Politberaters des Sowjetischen Teils der Alliierten Kommission für Österreich, Georgij N. Dsiubenko, über die Besprechung bei Generaloberst Wladimir W. Kurassow mit der KPÖ-Führung [am 16.9.1946], Dok. Nr. 36 in: Mueller, Wolfgang u.a. (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2005 (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Historische Kommission, Fontes Rerum Austriacarum. Österreichische Geschichtsquellen, 2. Abteilung: Diplomataria et Acta, Bd. 93), S. 307–333, hier S. 331.
- 46/ Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Nachlass Oskar Helmer, Kt. 2, Mappe 14, Karl Renner an Oskar Helmer, 20.6.1947.
- 47/ ZPA der KPÖ, Bericht von Ernst Fischer über die Aussprachen mit der ÖVP, o.D. [Juni 1947], S. 2f.
- 48/ The Chargé in Austria (Karl Rankin) to the Secretary of State, 7.6.1947, in: Foreign Relations of the United States 1947, Volume II, S. 1182–1183, hier S. 1182; NARA, RG 84, Box 2355, File 800 Austria, Memorandum von Edwin Kretzmann, Subject: Interview mit Leopold Figl, 9.6.1947, zit. nach: Leidenfrost: Die amerikanische Besatzungsmacht, S. 798.
- 49/ Mueller: Die sowjetische Besetzung in Österreich, S. 191.
- 50/ Fischer: Das Ende einer Illusion, S. 215.
- 51/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 23.5.1947, S. 2.
- 52/ Mueller: Die sowjetische Besetzung in Österreich, S. 192, Anm. 290.
- 53/ Ruggenthaler, Peter: Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945–1953/55, in: Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besetzung 1945–1955. Beiträge. Graz, Wien, München: Oldenbourg Verlag 2005 (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 4), S. 650–726, hier S. 668, sowie die dortige Quelle RGASPI 82/2/117/22f., Charakteristik Ernst Fischers, vorgelegt von Wjatscheslaw Molotow.
- 54/ The Chargé in Austria (Karl Rankin) to the Secretary of State, 7.6.1947, in: Foreign Relations of the United States 1947, Volume II, S. 1182–1183, hier S. 1182f.
- 55/ ÖStA/AdR, BKA AA, Sektion II-pol, Kt. 54, Zeichen Österreich 3, GZI. 111.546-pol/47 v. 14.6.1947, Politische Debatten im Anschluss an die Konversationen im Hause Kristofics-Binder, hierin: Karl Gruber an Jewgenij Kiselew, o.D. [Juni 1947], Konzept, S. 1f.
- 56/ Stenographisches Protokoll. 54. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 11.6.1947, S. 1479.
- 57/ Gruber: Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 169.
- 58/ Stourzh: Um Einheit und Freiheit, S. 105.
- 59/ Adolf Schärf an Walter Wodak, 16.6.1947, in: Wagnleitner, Reinhold (Hg.): Diplomatie zwischen Parteiproporz und Weltpolitik. Briefe, Dokumente und Memoranden aus dem Nachlaß Walter Wodaks 1945–1950. Salzburg: Wolfgang Neugebauer Verlag 1980 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 3), S. 439–440, hier S. 440.
- 60/ Mueller: Die sowjetische Besetzung in Österreich, S. 193.
- 61/ Ebd.
- 62/ Lodevole, Matteo: Die Streiks in Westeuropa im Jahr 1947: Eine Neubewertung angesichts neuer und alter Belege, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2010. Berlin: Aufbau-Verlag 2010, S. 15–29, hier S. 23.
- 63/ Rauchensteiner, Manfred: „Die Zwei“: Die Große Koalition 1945–1966 mit einem Ausblick, in: Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hg.): Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden. Bd. 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Wien, Köln, Weimar: Böhlau 1997, S. 259–282, hier S. 270, ähnlich ders.: Stalinplatz 4, S. 120.
- 64/ Zucker-Schilling, Erwin: Geborstene Säulen. Erinnerung aus aktuellem Anlaß, in: *Weg und Ziel*, 38. Jg. (1980), Nr. 12, S. 427–428, hier S. 428.
- 65/ Fischer: Ende einer Illusion, S. 224.
- 66/ Adolf Schärf an Walter Wodak, 16.6.1947, in: Wagnleitner (Hg.): Diplomatie zwischen Parteiproporz und Weltpolitik, S. 439–440, hier S. 439.
- 67/ Bundespolizeidirektion Wien, Monatsbericht für Juni 1947, in: Schembor, Friedrich Wilhelm: Polizeiliche Situationsberichte für die Jahre 1947 und 1948, in: Studien zur Wiener Geschichte. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, Bd. 61. Wien: Verein für Geschichte der Stadt Wien 2005, S. 153–292, hier S. 180–184, Zitat S. 180.
- 68/ Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte, Nachlass 42, Lois Weinberger, Do 613, Mappe E10, Protokoll des 4. Wiener Landesparteirats der ÖVP am 13.6.1947, S. 2f.
- 69/ Hannak, Jacques: Vier Jahre Zweite Republik. Ein Rechenschaftsbericht der Sozialistischen Partei. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1949, S. 9f. Zur SPÖ-Polemik siehe auch: Was ist die Wahrheit?, hg. von der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1947] (Sozialistische Hefte, Folge 21).
- 70/ Toch, Josef: Enklave KPÖ, in: Hannak, Jacques (Hg.): Bestandaufnahme Österreich 1945–1963. Wien, Hannover, Bern: Forum-Verlag 1963, S. 63–82, hier S. 71.
- 71/ NARA, RG 263, Control 5823, Box 185, Secret Report von Karl Rankin an Secretary of State, 17.6.1947, zit. nach: Gehler: Die „Figl-Fischerei“ von 1947, S. 365.
- 72/ Stenographisches Protokoll. 54. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 11.6.1947, S. 1475–1481, hier S. 1480f.
- 73/ Public Record Office, Foreign Office 1020/1158, 11572, Secret Note for High Commissioner regarding Political Crises, 16.6.1947, zit. nach: Gehler: Die „Figl-Fischerei“ von 1947, S. 366.
- 74/ Ebd., S. 380f.; ders.: Vom Marshall-Plan bis zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006, S. 24.
- 75/ Ruggenthaler: Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde, S. 667.
- 76/ Pelinka, Anton: Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur, in: Bischof, Günter/Stiefel, Dieter (Hg.): „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998. Wien: Ueberreuter 1999, S. 249–260, hier S. 254.
- 77/ Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien: Ueberreuter 1994 (Österreichische Geschichte 1890–1990), S. 417.